

Enttäuschendes Angebot von Bund und VKA

„Die Arbeitgeber sprechen von einem Gesamtpaket, meinen aber eine Mogelpackung!“



Die Gewerkschaften und Arbeitgeber traten getrennt vor die Presse

„Gerne würde ich mitteilen, dass wir uns angenähert haben und ein Kompromiss zumindest in Sichtweite gerückt ist, aber leider muss ich feststellen: Wir werden unseren Arbeitskampf in den nächsten vier Wochen noch weiter intensivieren müssen. Bund und VKA sind noch längst nicht abschlussinteressiert“, fasste dbb Verhandlungsführer Ulrich Silberbach die enttäuschende zweite Verhandlungsrunde in Potsdam zusammen. „Vor allem die VKA spricht zwar von einem ‚Gesamtpaket‘, will uns aber letztlich eine Mogelpackung unterjubeln. Dazu gehört auch, dass sie einen Mindestbetrag kategorisch ablehnt. Es wurde deutlich: Die Arbeitgeber muten ihren Beschäftigten einen Reallohnverlust zu. Das wird weder der Leistung der Beschäftigten gerecht, noch den Anforderungen an einen konkurrenzfähigen öffentlichen Dienst.“

Die Mogelpackung im Detail:

- Linear: 3 Prozent zum 1. Oktober 2023, 2 Prozent zum 1. Juni 2024 (gilt auch für Azubis)
- Inflationszahlung: 1.500 Euro im Mai 2023 (Azubis 750 Euro), 1.000 Euro im Januar 2024 (Azubis 500 Euro), Teilzeitkräfte erhalten die Zahlung nur anteilig
- Jahressonderzahlung: - Kommune EG 9a-15 75 Prozent (2023), ab 2024 alle 90 Prozent
- Bund EG 1-8 100 Prozent, EG 9a-12 90 Prozent, EG 13-15 80 Prozent (ab 2023)
- Laufzeit: 27 Monate
- Kein Mindestbetrag / Keine Verlängerung der Altersteilzeit / Keine unbefristete Übernahme der Azubis





Ferner soll im Bereich des TV-V die Arbeitszeit flexibilisiert werden.

Bei den Sparkassen fordern die Arbeitgeber ein Einfrieren der Sparkassensonderzahlung und eventuell weitere Verschlechterungen.

Im Bereich der Krankenhäuser sowie Pflege- und Betreuungseinrichtungen sollen TV-ZUSI und TV Soziale Dienste reaktiviert werden. Damit sollen Einsparungen von bis zu 6 Prozent bei den Personalkosten erzielt werden.

Versorgung, Krankenhäuser und Sparkassen im Brennpunkt

Die VKA hatte Gespräche zu den Bereichen Versorgung, Krankenhäuser und Sparkassen eingefordert. Diese Gespräche hat es in Potsdam gegeben. Hier wurde deutlich, dass die VKA ihre finanziellen Sorgen auf Kosten der Beschäftigten lösen will. „Problematisch ist, dass die VKA noch immer versucht, die finanziellen Probleme einiger Kommunen in Tarifverhandlungen zu lösen. „Das ist aber definitiv der falsche Ort“, machte Silberbach deutlich. „Ihre finanzielle Ausstattung müssen die Kommunen mit Bund und Ländern klarkommen. Dabei würden wir die VKA sogar tatkräftig unterstützen. Aber es geht auf keinen Fall, jetzt zum Beispiel im Krankenhausbereich auf Kosten der Beschäftigten zu sparen. Die Beschäftigten sind das Rückgrat funktionierender Krankenhäuser. Das haben die letzten Jahre in aller Deutlichkeit gezeigt.“ Silberbach zeigte sich auch darüber enttäuscht, dass die Arbeitgeber keine Gelegenheit auslassen, den Gewerkschaften vorzuwerfen, sie würden alte Rituale pflegen. „Wenn die Arbeitgeber schnelle und effektive Verhandlungen wollen, so ist das mit uns jederzeit möglich. Unsere Forderungen sind seit Mitte Oktober bekannt. Die VKA schiebt jetzt, vier Monate später, Forderungen nach. Wenn das nicht dem Ritual des Zeitspiels dient, hätte sie das auch schon vor Wochen einbringen können. So sind jetzt zwei Verhandlungsrunden gelaufen und der Konflikt ist jetzt eher noch heftiger.“

dbb:
wir.
für euch.

10,5 %
500 Euro
mindestens

„Arbeitskampf muss jetzt weiter intensiviert werden!“

Diese Bewertung teilte auch die Verhandlungskommission des dbb. „Damit wir Ende März zur entscheidenden dritten Verhandlungsrunde ein gutes Ergebnis bekommen, müssen wir den Arbeitskampf weiter intensivieren – in allen Bereichen und allen Regionen“, forderte dbb Tarifchef Volker Geyer von den Mitgliedern der Verhandlungskommission und gab ihnen den Auftrag mit auf den Weg, jetzt umgehend die weiteren Planungen zu konkretisieren. „Wir haben in den letzten Wochen eindrucksvoll gezeigt, zu was wir in der Lage sind. Und trotzdem gilt: In den nächsten Wochen müssen wir nochmal zulegen. Bund und VKA reden viel und bieten wenig. Das müssen wir ändern, bundesweit, lautstark und nachdrücklich.“



Demonstration in Potsdam am 22. Februar 2023



dbb aktuell



Rostock, 21. Februar 2023



Beschäftigte demonstrieren in Rostock

Im Vorfeld der zweiten Verhandlungsrunde haben Beschäftigte aus dem kommunalen Dienst in Rostock protestiert. Mit einem ganztägigen Warnstreik am 21. Februar 2023 haben Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern ihren Ärger über den ergebnislosen Start der Verhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) zum Ausdruck gebracht.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Präsidentin der kommunalen Arbeitgeber (VKA) Karin Welge hatten in der ersten Runde kein Angebot vorgelegt. Bei der zentralen Protestkundgebung in Rostock bekräftigte die stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission Rita Mölders vor mehr als 100 Demonstrierenden die Forderungen nach 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr Einkommen: „Jetzt, wo es gilt, den eigenen Beschäftigten den Rücken zu stärken, fehlen Bund und Kommunen die Worte und es fehlen vor allem echte Zusagen. Wer jetzt nicht ein Angebot vorlegt, das verhandelbar ist, muss mit starken und sichtbaren Protesten und einer vehementen Streikbereitschaft der Beschäftigten rechnen. Die Kolleginnen und Kollegen, die Tag für Tag und Nacht für Nacht dafür sorgen, dass Deutschland funktioniert, erwarten ein klares Signal der Wertschätzung.“ „Was den einen recht ist, sollte den anderen billig sein“, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht, „der Erhöhungsschritt in der Besoldung der Landräte in Mecklenburg-Vorpommern ähnelt unserer Forderung auffällig. Für uns ist das eine sehr motivierende Steilvorlage, denn die Begründung des Innenministeriums mit einer ‚besonders hohen Arbeitsbelastung‘ trifft schließlich auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu.“

Auch die Rostocker Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger wandte sich an die Demonstrierenden.

Über den weiteren Verlauf der Einkommensrunde und insbesondere über Demos und Streiks des dbb und seiner betroffenen Fachgewerkschaften unterrichten wir stets aktuell auf den Sonderseiten des dbb zur Einkommensrunde (www.dbb.de).





☐ Ich möchte zunächst DPoIG-Informationsmaterial erhalten.

☐ Ich möchte ab _____ DPoIG-Mitglied werden.

Name*

Vorname*

Geb.-Datum

Straße*

PLZ/Ort*

E-Mail

Zutreffendes bitte ankreuzen*

☐ Beamter / Beamtin	☐ in Ausbildung
☐ Arbeitnehmer/in	☐ im Ruhestand
☐ Allg. Verw.-Dienst	☐ tech. Dienst
☐ Vollzugsdienst	

Bes./Entgeltgruppe

☐ Teilzeit, Stunden

Dienstherr / Arbeitgeber

Amt / Dienststelle / Betrieb

Gewerkschaftsmitglied bei

von bis

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: Deutsche Polizeigewerkschaft, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 47 37 81 23, Telefax: 030. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit widerrufen unter: E-Mail: dpolg@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dpolg.de/datenschutz/

Datum / Unterschrift

DPoIG Deutsche Polizeigewerkschaft Bundesgeschäftsstelle, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin
Telefon: 0 30. 47 37 81 23, Fax: 0 30. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de, Internet: www.dpolg.de

Der dbb ist das Dach von 41 Gewerkschaften – eine davon ist auch in Ihrer Nähe.